



Niederschrift

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)
20. November 2018, 9 Uhr und
21. November 2018, 9 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

(...)

Antrag Nr. 301 (S. 258): Erhöhung der institutionellen Förderung – Präventionsarbeit in der Frauenberatungsstelle „Häusliche Gewalt“ (CDU)

Antrag Nr. 302 (S. 258): Erhöhung des jährlichen Zuschusses für Präventionsarbeit in der Frauenberatungsstelle „Häusliche Gewalt“ (SPD, GRÜNE, KULT

Antrag Nr. 303 (S. 258): Verein zum Schutz misshandelter Frauen – Erhöhung des Personal- und Sachkostenzuschusses wegen gestiegener Beratungsfälle (Die Linke)

Antrag Nr. 304 (S. 258): Zuschuss für Präventionsarbeit in der Frauenberatungsstelle „Häusliche Gewalt“ (Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder e. V.)

Mehrheitlich geht es um 45.000 €, einmal um 19.000 €.

Stadträtin Melchien (SPD): Die Verwaltung betont in Ihren verschiedenen Stellungnahmen, wie wichtig die Aufgaben sind. Es ist Sicht vieler Fraktionen, dass sie nicht nur wichtig sind, sondern dass es mittlerweile auch Pflichtaufgaben sind. Wir nehmen die Istanbul Konvention ernst. Sie verpflichtet aus unserer Sicht alle staatlichen Ebenen, entsprechend zu handeln, Prävention und die Verhinderung von Gewalt zu fördern.

Der Träger hat schlüssig dargestellt, dass verschiedene Erhöhungen notwendig sind. Diese beziehen sich auf drei verschiedene Bereiche, einmal eine Erhöhung des allgemeinen Zuschusses, des Kinderprojekts, jetzt 18.656 €, und der Clearingstelle. Aufgrund dessen, dass ein Antrag drei verschiedene Summen mit ungeraden Ziffern erhöht, sind verschiedene Anträge untergegangen. Das ist aber überhaupt kein Problem, weil wir hier eindeutig überfraktionell zu diesen Anträgen stehen. Das ist ein starkes Signal, das wir heute an alle aussenden können, die in diesem Feld tätig sind. Wir nehmen das Thema ernst, und wir erkennen die gestiegenen Bedarfe nicht nur an, sondern wir agieren dementsprechend fraktionsübergreifend. Das heißt, der gemeinsame Antrag würde jetzt auch die CDU einbeziehen, genauso wie wir als SPD und KULT beim letzten Punkt auch untergegangen sind. Das heißt, wir alle wollen, dass der Verein die Erhöhung bekommt.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Ich schließe mich meiner Vorrednerin sehr gerne an. Wir sind uns in der Sache einig. Ich möchte nur für die CDU-Fraktion sagen, dass wir

natürlich auch auf die 45.000 € mitgehen, weil es einfach eine wichtige Sache ist. Wir sind von 19.000 € ausgegangen, aber es ist uns jetzt gut begründet worden, dass 45.000 € erforderlich sind. Somit machen wir mit. Leider bestätigt sich das ganze Thema durch eine Veröffentlichung der Bundesfamilienministerin, die aktuelle Zahlen aus der Kriminalstatistik des Bundes vorgestellt hat. Auch der Bund hat heute noch einmal ein klares Signal gegeben, die Mittel in den nächsten Jahren zu erhöhen, die Frauenhäuser und alle Beratungs- und Hilfeangebote noch mehr zu unterstützen, aufgrund der leider tragischen Zahlen. Vielleicht gibt es auch eine Möglichkeit, dass wir in den nächsten Jahren eine weitere Förderung über den Bund erhalten. Aber so lange müssen wir in Eigenleistung eintreten.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Auch die GRÜNEN unterstützen die drei Anträge des Vereins zum Schutz misshandelter Frauen. Insbesondere liegt uns das Kinderprojekt sehr am Herzen, denn Kinder, die Gewalt gesehen und erlebt haben, müssen geschützt werden und schnell in eine Art Behandlung kommen, um das Erlebte aufarbeiten zu können.

Wichtig ist uns zu betonen – weil da immer wieder so ein schiefes Bild entsteht –, es geht vor allem um die Gewalt in der Familie. Es wird immer so getan, als wenn Gewalt immer nur auf der Straße oder in dunklen Räumen stattfindet. Das Hauptproblem ist aber nach wie vor die Gewalt in der Familie, und genau dafür ist das Frauenhaus richtig.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortbeiträge. Wir stimmen jetzt zunächst über den auch durch die CDU noch einmal gemeinsam aufgerufenen Antrag über 45.000 € für Präventionsarbeit ab, nämlich die **Nrn. 301 bis 304**. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **große Mehrheit dafür**.

(...)